

Call for Papers

## Pandemie, Protest und Populismus

Verunsicherung und Verwerfungen des Politischen nach Corona

Leipzig, 16.-17. September 2021

Die Ausbreitung von COVID-19 hat den Alltag von Menschen in der ganzen Welt innerhalb kürzester Zeit grundlegend verändert. In der oft zitierten »Stunde der Exekutive« zeigten die staatlichen Souveräne eindrucksvoll ihre Koordinationsgewalt über die sozialen, kulturellen und ökonomischen Systeme. Grenzen wurden geschlossen, individuelle Freiheitsrechte zugunsten einer kollektiven Kraftanstrengung eingeschränkt, Alltagsroutinen schlagartig neuen Ordnungsnormen unterworfen und ihr Überschreiten sozial und exekutiv sanktioniert. Andererseits war der erzwungene Bruch vielerorts Anstoß für eine radikale Infragestellung bisheriger Gewohnheiten – sei es in der Fortbewegung, in der Kommunikation, in der Organisation von Care-Verantwortlichkeiten, auf der Arbeit oder in der Schule und Universität. Zugleich wurde deutlich, dass die gesundheitlichen Gefahren durch das Virus und die sozialen und ökonomischen Auswirkungen des Lockdowns und anderer Pandemiemaßnahmen in erheblichem Ausmaß von sozialer Lage, Geschlecht, Beschäftigungsform und Wohnort abhängig sind.

Die politischen Maßnahmen, die zur Eindämmung des Virus ergriffen wurden, wirken wie ein Katalysator, der Dysfunktionalitäten und Konflikte, aber auch Transformationen des Akkumulationsregimes innerhalb der Gesellschaften sichtbar macht. Es ist absehbar, dass die Folgen der »Corona-Krise« die europäischen Gesellschaften langfristig verändern werden. Angesichts möglicher Wohlstandsverluste und Insolvenzen, die kleine und mittlere Unternehmen und ihre Beschäftigten in besonderem Maße treffen, warnte der parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Bundestagesfraktion, Marco Buschmann, bereits vor einer »Revolution der Mittelschicht«. So drohen neben langfristigen sozialstrukturellen und ökonomischen Verschiebungen neue Konfliktlinien und Artikulationsformen von politischem Protest, bei denen der sogenannten Mittelschicht – dem klassischen Elektorat antiliberaler und rechtspopulistischer Parteien – eine Schlüsselrolle zukommt.

Dennoch sind die Reaktionen von Rechtspopulist:innen und illiberalen Systemen im Zuge der »Corona-Krise« inhaltlich diffus und strategisch widersprüchlich. Während Victor Orbán (Un-

garn) die Gunst der Stunde zur weitgehenden Entmachtung des Parlaments nutzte, verbreitete Aleksandar Vučić (Serbien) zunächst apokalyptische Szenarien und hob die drastischen Einschränkungen des öffentlichen Lebens für eine umstrittene und von der Opposition weitgehend boykottierte Parlamentswahl kurzfristig wieder auf. Donald Trump (USA), Aljaksandr Lukaschenka (Belarus) und Jair Bolsonaro (Brasilien) relativierten dagegen von Anfang an die gesundheitlichen Gefahren des Virus und untergruben damit langfristig ihre Legitimität. Rechte Oppositionsparteien wie die AfD, der Rassemblement National (Frankreich) oder die FPÖ (Österreich) folgten der paradoxen Analyse, dass die Regierungen zu spät und inkonsequent gehandelt hätten, kritisierten anschließend die temporären Freiheitseinschränkungen im Zuge des Lockdowns als unnötig und überzogen und vollzogen den Schulterschluss mit neuen Protestbewegungen. In Portugal wiederum unterstützte die bisher unbedeutende rechtspopulistische Partei Chega die Maßnahmen der Regierung durch eine rassistische Kampagne und konnte ihre Stimmenanteile laut Umfragen vervierfachen.

In den politisch ambivalenten Anti-Corona-Protesten und den neu entstandenen Single-Issue-Bewegungen wie »Widerstand 2020« oder »Querdenken-711« wuchs in der Zwischenzeit ein neuer Nährboden für eine Melange aus postideologischem Populismus, direkter Demokratie, Verschwörungsmuthe und politischer Esoterik. Bereits 2014 führte eine ähnliche Mischung von disparaten Ideologiefragmenten zur Entstehung der Pegida-Bewegung. Die Akteure der metapolitisch agierenden Neuen Rechten wiederum beobachteten diese Prozesse und versuchten sie in langfristige Strategien und neue Allianzen zu überführen. Die »Corona-Krise« könnte sich somit als Anstoß für neue Themensetzungen und rechte Kampagnen erweisen.

Diese Reaktionen und Entwicklungen wollen wir auf unserer Tagung einer interdisziplinären Analyse unterziehen und die Konsequenzen und Gefahren für die liberale Demokratie diskutieren. Dafür suchen wir Beiträge, die Diskurse, metapolitische Strategien und politische Interventionen analysieren und ihren sozioökonomischen und kulturellen Resonanzboden in den Blick nehmen. Aufbauend auf diesen Analysen gilt es der Frage nach mittel- bis langfristigen Strategien an der Schnittstelle von Wissenschaft und Zivilgesellschaft nachzugehen. Neben theoretischen und empirischen Beiträgen aus Soziologie, Politikwissenschaft und angrenzenden Feldern laden wir insbesondere zur Einreichung von Beiträgen von zivilgesellschaftlichen Akteur:innen sowie aus der Parteien-, Protest-, Bewegungs-, Gouvernementalitäts- und Einstellungsforschung ein, die einen der folgenden Themenschwerpunkte behandeln:

## **1. Gouvernamentalität im Ländervergleich**

Mit welchen Maßnahmen reagieren verschiedene Regierungen auf die Pandemie? Wie werden die Eindämmungsmaßnahmen umgesetzt und in gouvernementale Projekte eingebettet? Welche Konflikte und Widersprüche treten dabei auf? Gibt es im Hinblick auf die Eindämmungsmaßnahmen eine spezifische (rechts-)populistische Gouvernamentalität?

## **2. Strategien und Entwicklungen außerparlamentarischer und oppositioneller Akteure**

Wie haben Akteur:innen außerparlamentarischer Bewegungen und oppositioneller Parteien auf die Pandemiemaßnahmen reagiert? Welchen Einfluss hat Regierungshandeln auf ihre Themen und Mobilisierungsstrategien? Welche Perspektiven, Dynamiken und Bündniskonstellationen ergeben sich aus den neuen Protestbewegungen?

## **3. Deutungsmuster, Narrative, Feindbilder und Diskursformationen**

Mit welchen Deutungsmustern werden die Corona-Pandemie und die staatlichen Maßnahmen von ihren Kritiker:innen analysiert? Welche Metaphern und Narrative wurden im Verlauf der Krise verbreitet, welche Framingstrategien benutzt? Wie haben sich dabei Formen und Funktionen von Feindbildkonstruktionen verändert? Welche (neuen) Positionierungen und Diskursformationen lassen sich abgrenzen?

## **4. Verschwörungsmentalität und autoritäre Potentiale**

In welchem Verhältnis stehen autoritäre Dispositionen und verschwörungsideologische Deutungsmuster zueinander? Wie und durch welche politischen Akteur:innen wurde eine vorhandene Verschwörungsmentalität in der Corona-Krise adressiert? Welche sozialstrukturellen und sozialpsychologischen Strukturen begünstigen den Glauben an Verschwörungstheorien? Wie hat sich die Verbreitung von autoritären Dispositionen in der Bevölkerung durch Corona verändert? Welche autoritären Potentiale lassen sich unterscheiden?

## **5. Politische Ökonomie, Sozialstruktur und Radikalisierung der Mittelschichten**

Welche langfristigen Auswirkungen haben die Pandemiemaßnahmen auf sozialstrukturelle und ökonomische Konflikte sowie soziale Ungleichheit? Welches Mobilisierungspotential erwächst daraus für rechte und populistische Parteien und Bewegungen? Welche Folgen hat eine »Radikalisierung der Mittelschicht« für die politische Repräsentation und das Modell der liberalen Demokratie? Wie verändern sich Geschlechterverhältnisse durch neue Formen vergeschlechtlichter Arbeitsteilung im Home-Office? Welche politischen Konfliktlinien und Agendasetzungen innerhalb europäischer Post-Corona-Gesellschaften sind absehbar?

## **6. Demokratische Antworten auf die Krise**

Welche Auswirkungen haben die Pandemie und die mit ihr einhergehenden Einschränkungen auf demokratische Freiheitsrechte sowie Struktur und Funktionsweise der Demokratie? Wie kann eine zivilgesellschaftliche Resilienz gegenüber autoritärer Krisenbewältigung gefördert werden? Inwiefern lässt sich die Ausweitung von politischer und Wirtschaftsdemokratie als Gegenbewegung organisieren?

Die Tagung findet vom **16. September 2021, 13 Uhr** bis zum **17. September 2021, 18 Uhr** in Leipzig statt. Wir laden Sie herzlich ein, sich mit einem Abstract (max. 500 Wörter) und einem Kurzlebenslauf an [papropo@posteo.de](mailto:papropo@posteo.de) bis zum **31. Januar 2021** zu bewerben.

Gewünscht sind sowohl wissenschaftliche Beiträge für Panels als auch (kurze) Projekt- und Erfahrungsberichte von zivilgesellschaftlichen Akteur:innen für Impulsvorträge und Kleingruppendiskussionen. Wir begrüßen insbesondere auch Einsendungen von Nachwuchswissenschaftler:innen.

Unterkunft und Reisekosten können für Referent:innen, die über keine institutionelle Förderung verfügen, übernommen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Tobias Fernholz

Promotionskolleg Rechtspopulistische Sozialpolitik und exkludierende Solidarität, Universität Tübingen

Matheus Hagedorn

Universität Potsdam

Felix Schilk

Technische Universität Dresden

Richard Siegert

Promotionskolleg Rechtspopulistische Sozialpolitik und exkludierende Solidarität, Universität Tübingen

Prof. Dr. Fabian Virchow

FORENA, Hochschule Düsseldorf

Friedemann Brause

Sächsische Landeszentrale für Politische Bildung

**Hans Böckler  
Stiftung**

Mitbestimmung · Forschung · Stipendien

**sl**o**b**  
SÄCHSISCHE  
LANDESZENTRALE FÜR  
POLITISCHE BILDUNG

**FORENA**  
FORSCHUNGSSCHWERPUNKT  
RECHTSEXTREMISMUS/NEONAZISMUS  
HOCHSCHULE DÜSSELDORF



Stiftung Haus der Geschichte  
der Bundesrepublik Deutschland  
**Zeitgeschichtliches Forum Leipzig**

Die Tagung ist ein gemeinsames Projekt von Stipendiat:innen der *Hans-Böckler-Stiftung*, der *Sächsischen Landeszentrale für Politische Bildung*, dem *Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus* der Hochschule Düsseldorf und dem *Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig*.